



Ukrainekrieg: Was ist 2023 zu erwarten?

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Januar 2023

Zusammenfassung

Einem Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland muss ein Waffenstillstand vorausgehen, wenn beiden Seiten gleichzeitig erkennen, dass sie so wie bisher nicht weiterkämpfen können. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij lehnt Verhandlungen mit Russland nicht ab, wohl aber mit dem Präsident Wladimir Putin. Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist erst bereit, mit der Ukraine zu verhandeln, wenn Kiew die von Russland kürzlich annektierten ukrainischen Gebiete als Russland anerkennt, was Selenskij nicht tun wird. Dieses Jahr dürfte kein Ende des Krieges bringen, sondern einen hartnäckigen Stellungskrieg.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In diesem Jahr wird es wohl zu keiner Friedensvereinbarung zwischen Russland und der Ukraine kommen, denn einer solchen müsste ein Waffenstillstand vorausgehen. Eine solche wird erst vereinbart werden, wenn

- **beide** Seiten
- **gleichzeitig** erkennen,
- dass sie ihre Kampfhandlungen nicht mehr weiterführen können
- mangels Soldaten und/oder Waffen,

danach sieht es gegenwärtig nicht aus.

Am 30. September 2022 gab der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij nach einer Sitzung des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats“ bekannt, dass alle ukrainischen Verhandlungsversuche erfolglos geblieben seien, da der derzeitige russische Führer nicht bereit sei, „Koexistenz zu gleichen, ehrlichen, würdigen und fairen Bedingungen auszuhandeln“. Putin wisse nicht, was Würde und Ehrlichkeit sind. „Deshalb sind wir bereit für einen Dialog mit Russland, aber mit einem anderen russischen Präsidenten“, sagte Selenskij. Am selben Tag unterzeichnete er ein Dekret, dessen erster Punkt lautet: „Die Unmöglichkeit der Durchführung von Verhandlungen mit dem Präsidenten der Russischen Föderation V. Putin.“¹ Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte am 27. Dezember 2022 in einem TASS-Interview, dass Russlands Vorschläge zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiete besser "genau richtig" erfüllt werden sollten, sonst werde die Frage von der russischen Armee entschieden.²

Daraus ergibt sich:

- Selenskij: keine Verhandlungen mit Putin, wohl aber mit Russland;
- Lawrow: keine Verhandlungen mit Kiew über die von Russland annektierten Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja, Cherson und die Halbinsel Krim.

Das Festhalten Lawrows an den annektierten Gebieten ist Ausdruck des minimalen Kriegsziels Russlands in der Ukraine, Kiew vom Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer abzuschneiden und eine Landverbindung zur Krim-Halbinsel herzustellen. Das langfristige Ziel des russischen Präsidenten Wladimir Putin bleibt das Verschwinden der Ukraine, denn laut seiner Analyse vom Juli 2021 gibt es diese gar nicht.³

Die von Selenskij auf der UN-Vollversammlung am 21. September 2022 online vorgetragenen Bedingungen für einen Frieden mit Russland sind⁴:

- Bestrafung für die Aggression;
- Schutz des Lebens;
- Wiederherstellung der Sicherheit und territorialen Integrität;
- Sicherheitsgarantien;
- Entschlossenheit, sich zu verteidigen.

¹ <https://zn.ua/ukr/internal/putina-vidvodjat-vid-vladi.html>

² <https://iz.ru/1447016/2022-12-27/lavrov-rekomendoval-vypolnit-predlozheniia-po-demilitarizacii-ukrainy-podobru-pozdorovu>

³ <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>

⁴ <https://www.ukrinform.ua/rubric-politics/3576838-zelenskij-vistupiv-na-genasamblei-oon-povnij-tekst.html>



Diese Bedingungen beinhalten das Ziel, die russische Armee vollständig aus der Ukraine zu vertreiben, und wirkliche Sicherheitsgarantien des Westens, sozusagen als Ersatz für eine NATO-Mitgliedschaft. Bei der Annexion der Krim 2014 hatten die beiden Garantiemächte USA und Großbritannien weggeschaut. Ich kann mich noch gut an die für die Westberliner damals existenzielle Frage aus der Zeit des Kalten Kriegs erinnern: „Werden die Alliierten bereit sein, für Berlin zu sterben?“ Es ist nicht auszuschließen, dass es zwischen der Ukraine und Russland keine Friedensvereinbarung geben wird, sondern nur die immerwährende Fortdauer eines Waffenstillstands wie zwischen Nord- und Südkorea.

Wenn die Ukraine die Leopard- und anderen Panzer einsetzen kann, könnte sie die zu erwartende russische Frühjahrsoffensive abwehren. Sie könnte selbst versuchen, bei Saporischschja einen durch das von Russland annektierte Gebiet einen Keil zum Schwarzen Meer zu treiben und so die westlich davon sich befindenden russischen Truppen von der Versorgung und vom Nachschub abzuschneiden.

Russland beginnt nach der Mobilisierung von 300.000 Personen im vergangenen Jahr nun mit der schrittweisen verdeckten Mobilisierung von bis zu einer Million Männern. Das Land lag 2021 im Bruttoinlandsprodukt zwischen Kanada und Südkorea, was seine Rüstungsmöglichkeiten begrenzt. Waffenmäßig wird Russland inzwischen durch den Iran und Nordkorea mit Lieferungen unterstützt.

Der Ukraine würden die Leopard-Panzer helfen, von denen es in Europa – nach Aussage des deutsch-französischen Grünen-Politikers Daniel Cohn-Bendit am 21. Januar 2023 im Deutschlandfunk – insgesamt 2.000 gibt. Eigentlich müsste es möglich sein, 10 % von ihnen, also 200, an die Ukraine, die um ihre Existenz kämpft, abzugeben. Da die Panzer deutscher Produktion sind, muss Berlin bei deren Weitergabe zustimmen. Berlin tut sich selbst damit schwer – es geht noch nicht einmal um die Abgabe eigener Panzer –, weil befürchtet wird, dass Putin dies als eine Eskalation betrachten wird, denn Deutschland liefert Kiew diejenige Waffe, mit der die ukrainische Armee versuchen wird, die von Russland annektierten Gebiete, die von Moskau als russisches Territorium betrachtet werden, erfolgreich zurückzuerobern.

Worin könnte eine solche Eskalation bestehen?

- Angriff eines NATO-Landes;
- Einsatz von taktischen Atomwaffen.

Angesichts der wochenlangen militärischen Stagnation der russischen Truppen in der Ukraine am Boden ist kaum damit zu rechnen, dass Putin ein weiteres militärisches Risiko durch den Bodenangriff eines NATO-Landes eingehen will und kann, selbst nicht einmal in Form eines Raketenangriffs auf Polen, die Nachschubbasis für westliche Waffenlieferungen an die Ukraine. Bleibt sozusagen als Verzweiflungsaktion der Einsatz taktischer Atomwaffen in der Ukraine. Vor einigen Wochen hat Washington Moskau deutlich davor gewarnt, denn dies würde eine sehr harte konventionelle Reaktion der USA nach sich ziehen, von der Verärgerung Chinas und Indiens ganz zu schweigen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.

